

Sozialpolitik: Stand und Entwicklung der Forschung in der Bundesrepublik Deutschland*

Franz-Xaver Kaufmann

unter Mitarbeit von *Bernd Rosewitz* und *Hartmut Wolf*

Im Unterschied zum angelsächsischen und französischen Bereich, in welchen die Vielfalt sozialer Maßnahmen erst in jüngster Zeit unter dem Begriff „Sozialpolitik“ („social policy“, „politique sociale“) zusammengefaßt werden, hat der Name Sozialpolitik im deutschen Sprachraum eine Tradition, die bis in die Mitte des letzten Jahrhunderts zurückgeht (vgl. *Pankoke* 1970: 177 ff.). Die Begriffsgeschichte zeugt von einer großen Vielfalt der unter diesem Namen zusammengefaßten Gegenstände und Zielsetzungen; sie ist bisher ebenso wenig aufgearbeitet, wie die Entwicklung der Institutionen und der sie tragenden politischen Bewegungen.¹ Es ist daher auch keineswegs einfach, den Gegenstandsbereich zu bestimmen, der bei einer Übersicht über den sozialpolitischen Forschungsstand einzubeziehen wäre. Eine sehr enge Definition, wie sie der Praxis, aber auch dem wissenschaftlichen Interesse der 50er und der 60er Jahre in der Bundesrepublik entspricht, reduziert Sozialpolitik im wesentlichen auf den Bereich der sozialen Sicherung. In jüngster Zeit scheint der Begriff Sozialpolitik seine ursprüngliche gesellschaftstheoretische Dimension wiederzugewinnen,² so daß man geneigt sein könnte, die Gesamtheit der sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten als Sozialpolitik zu bezeichnen.

1. Abgrenzungen

Für die Zwecke dieses kurzen Überblicksartikels wird eine pragmatische Eingrenzung vorgenommen: Es werden zunächst all diejenigen Bereiche ausgeschlossen, welche bereits Gegenstand anderer Beiträge in diesem Bande sind: die Arbeitsschutz- und Arbeitsverfassungspolitik („Sozialpolitik im Produktionsbereich“), die Gesundheitspolitik und die Wohnungsbaupolitik. Ausgeklammert wird auch die bildungspolitische Forschung, da Bildungspolitik in Deutschland (im Unterschied zu den angelsächsischen Ländern!) herkömmlicherweise nicht zur Sozialpolitik gezählt wird und sich bisher trotz wesentlicher sozialpolitischer Komponenten nahezu unabhängig von der wissenschaftlichen und praktischen Sozialpolitikdiskussion entwickelt hat. Was den Gegenstandsbereich betrifft, so beziehen sich daher die folgenden Ausführungen im wesentlichen auf den Bereich der sozialen Sicherung und der sog. sozialen Dienste, soweit sie nicht den Gesundheits- oder den Bildungsbereich betreffen.³

Wichtiger ist noch eine zweite Abgrenzung: Die Literatur in unserem Gegenstandsreich ist – vor allem was die Veröffentlichungen in Zeitschriften angeht – unübersehbar, jedoch überwiegend nicht im eigentlichen Sinne forschungsorientiert. Der Übergang von wissenschaftlicher zu Praktikerliteratur ist fließend. In diesem Zusammenhang verdient der Umstand Erwähnung, daß die Leitungsfunktionen im Bereich der Sozialversicherung noch weitgehend in der Hand von nicht akademisch gebildetem Personal liegen, während im Bereich der örtlichen Sozialpolitik es vor allem Sozialarbeiter (d.h. Fachhochschulabsolventen) und in kleinerem Umfang Sozialwissenschaftler sind, die ein präprofessionelles Publikum sozialpolitischen Schrifttums darstellen. Eine klare Verknüpfung von sozialpolitischer Forschung und professionalisierter Praxis – wie z.B. im Bildungswesen – existiert in unserem Bereich noch nicht. Überdies wird ein großer Teil der unmittelbar praxisrelevanten Forschungen – nämlich die Auftragsforschung – kaum veröffentlicht.⁴

Neben der primär an institutionell definierten Problemlösungsmustern orientierten Praktikerliteratur (z.B. zur Jugendhilfe oder zur gesetzlichen Krankenversicherung) findet sich ein umfangreiches Genre spekulativer Literatur, deren Inhalt auf intuitiver Verallgemeinerung mehr oder weniger charakteristischer Erfahrungen oder auf assoziativer Verknüpfung von Beispielen mit allgemeinen sozialwissenschaftlichen Interpretationen (z.B. Bürokratisierung, Professionalisierung, Wertwandel) oder auf programmatischen Vorstellungen beruht. Diese Genres sind wissenschaftlich keineswegs irrelevant, aber doch eher als Bewegungen des Erfahrungsobjekts Sozialpolitik selbst denn als methodisch gesicherte Erkenntnisse über das Erfahrungsobjekt aufzufassen.

Sowohl der begrenzte Umfang dieses Beitrags als auch der geringe Systematisierungsgrad der angesprochenen Literaturarten gebieten deshalb hier eine Beschränkung auf die Entwicklung des Fachgebiets und auf Schwerpunkte der wissenschaftlichen Forschung, wobei auch hier im wesentlichen nur die Fragestellungen und nicht die Ergebnisse referiert werden können. Angestrebt wird ein Überblick über die Literatur verschiedener Disziplinen, die sich mit Sozialpolitik als einem eigenständigen Gegenstand beschäftigt. Nicht einbezogen werden können also auch durchaus anspruchsvolle Studien, sofern sie sich nur mit Teilbereichen oder gar Einzelfragen beschäftigen.⁵ Die bei allem Streben nach einem interdisziplinären Überblick von subjektiven Wahrnehmungen gewiß nicht freie Darstellung orientiert sich also primär an Arbeiten, die von ihrer Fragestellung oder ihrer Methode her übergreifende Gesichtspunkte, die für die Bestimmung des wissenschaftlichen Gegenstandes ‚Sozialpolitik‘ von Belang sind, in ihren Ansätzen berücksichtigen.

2. Sozialpolitik als Erfahrungsgegenstand und als Wissenschaft

Ähnlich wie hinsichtlich anderer Politikbereiche läßt sich auch beim Wort Sozialpolitik – unabhängig von der Spezifikation des Gegenstandsbereiches – eine dreifache Verwendung feststellen: Sozialpolitik bedeutet zum einen den Kampf um die Einrichtung sozialreformerischer Maßnahmen (social politics), sie bedeutet zweitens die durch politische Entscheidungen institutionalisierten Maßnahmenkomplexe bzw. die Umsetzung

der politisch in Gang gesetzten Sozialreform (social policy).⁶ ‚Sozialpolitik‘ ist jedoch drittens seit dem Ende des letzten Jahrhunderts auch die Bezeichnung für ein Spezialgebiet der Sozialwissenschaften (mit eigenen Lehrstühlen, Schriftenreihen usw.), dessen wissenschaftssystematischer Ort mit Bezug auf die nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte Differenzierung der Sozialwissenschaften in Wirtschaftswissenschaften, Soziologie und politische Wissenschaft nicht eindeutig zu umreißen ist. Allerdings bestehen zwischen diesen drei dimensional Begriffen von Sozialpolitik angebbare Beziehungen, so daß zwar die Grenzen unscharf, die Kernvorstellungen dagegen einigermaßen kohärent sind.

Was die Fragestellungen einer Wissenschaft von der Sozialpolitik anbetrifft, so lassen sich verschiedene Zugriffsweisen – und damit verbunden – unterschiedliche Affinitäten zu Einzelbereichen der Sozialwissenschaft unterscheiden:

Ein nach wie vor wichtiger Strang ist die institutionenkundlich orientierte Lehre der Sozialpolitik, wie sie in den meisten Lehrbüchern (vgl. etwa *Preller* 1970, *Brück* 1976, *Burghardt* 1979, Projektgruppe *Soziale Berufe* 1981) dominiert.⁷ Ziel des institutionenkundlichen Ansatzes ist die Vermittlung von unmittelbar praktisch relevantem Wissen über geltende Regelungen und bestehende Einrichtungen, häufig angereichert mit induktiven Generalisierungen aus der sozialpolitischen Diskussion (z.B. die Unterscheidung von Versicherung, Versorgung und Fürsorge) und Hinweisen auf ungelöste Probleme auf dem Niveau einzelner sozialpolitischer Institutionen. Die Art der Fragestellungen ähnelt hier am ehesten derjenigen der traditionellen deutschen Verwaltungswissenschaft: Eine Fülle von Detailwissen wird ausgebreitet und – soweit nicht die Gesetzesmaterien relativ eindeutige Strukturierungsgesichtspunkte abgeben – nach vergleichsweise willkürlichen Gesichtspunkten systematisiert.

Bereits früh wurde jedoch diese ausschließlich induktive Vorgehensweise als unbefriedigend empfunden und nach übergreifenden Gesichtspunkten Ausschau gehalten, die als theoretische relevante Ordnungskriterien einen stärker analytisch orientierten Zugriff ermöglichen sollten. Hierzu dienten entweder normative (z.B. Beseitigung sozialer Ungleichheit, Schaffung sozialer Sicherheit) aber auch wissenschaftsspezifische Gesichtspunkte (z.B. Einkommensverteilung, Klassenverhältnisse). Der Nachteil derart abstrakter Ordnungsgesichtspunkte für eine reformierte Verwaltungswissenschaft liegt auf der Hand: Sie leisten keine Ordnung der sozialpolitischen Wirklichkeit auf dem Niveau politischer Entscheidungen und administrativer Umsetzungsprobleme. Erst in jüngster Zeit sind – und zwar von Juristen, Soziologen, Ökonomen wie von Politikwissenschaftlern – analytische Fortschritte erzielt worden, die das komplexe Geschehen gleichzeitig objektnah und theoriefähig zu interpretieren gestatten sollen.

Sieht man von den verfassungsrechtlichen Debatten um die Sozialstaatlichkeit (hierzu *Forsthoff* 1968, *Hartwich* 1970, *Zacher* 1980b) ab, so dominierte nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik zunächst eine verteilungstheoretische Betrachtungsweise von Sozialpolitik, und dementsprechend wurden sozialpolitische Lehrstühle typischerweise mit Volkswirten besetzt. Insofern diese häufig eher der Tradition der historischen Schule der deutschen Nationalökonomie als der neuen, stärker formalisierenden angelsächsischen Tradition nahestanden, führten sie auch ein Schattendasein in wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen.⁸ Seit Anfang der 70er Jahre haben sich

Soziologen, Juristen und Politikwissenschaftler für Sozialpolitik zu interessieren begonnen: Marksteine dieser Entwicklung sind für die Soziologie der Bielefelder Soziologentag (1976) und die sich daran anschließende Gründung einer Sektion ‚Sozialpolitik‘ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie,⁹ für die Rechtswissenschaften die Ausdifferenzierung der Sozialrechtslehrertagungen aus den Tagungen des Sozialgerichtsverbandes (1979)¹⁰ und für die politische Wissenschaft die Sozialstaatsdiskussion Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre sowie die Einrichtung eines Arbeitskreises zur Gesundheits- und Sozialpolitik (1976) in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.¹¹ So hat seit etwa 10 Jahren die sozialpolitische Forschung einen starken und auch Disziplinen übergreifenden Aufschwung genommen, der allerdings äußerst vielfältig ist und sich einer systematischen Darstellung noch entzieht.¹² So wird auch die nachfolgende Darstellung des Forschungsstandes notwendigerweise unvollständig bleiben.¹³

3. Überblick über den Stand der Forschung

3.1. Verteilungsprobleme

Den Auftakt zur wissenschaftlichen Beschäftigung mit sozialpolitischen Fragen in der Bundesrepublik bildete das Referat von *Gerhard Mackenroth* „Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan“ (*Mackenroth* 1952). Es sind im wesentlichen drei Gedanken aus diesem Referat, welche in der Folge nachwirkten:

1. daß Sozialversicherung hauptsächlich eine Umverteilung des Volkseinkommens bedeutet, da aller Sozialaufwand aus der Produktion der laufenden Periode getragen werden muß;
2. die Notwendigkeit einer Koordination der Sozialleistungen unter dem Gesichtspunkt der mit ihnen verbundenen Sicherungszwecke (Finalprinzip) und die Untersuchung des Zusammenwirkens unterschiedlicher sozialpolitischer Maßnahmen;
3. das Erfordernis der Leistungssteigerung und der organisatorischen Straffung der sozialpolitischen Leistungsadministration.

Wenn damit auch die wesentlichen Themen der sog. „Sozialreform“ angesprochen waren, die das sozialpolitische Geschehen der zweiten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages beherrschten (vgl. *Hockerts* 1977; 1980), so blieb der Einfluß der Wissenschaft, insbesondere der wissenschaftlichen Forschung, auf die sozialpolitischen Entscheidungen in den 50er und 60er Jahren dennoch ausgesprochen gering. Auch wo wissenschaftlicher Sachverstand mobilisiert wurde – wie in der Rotenfelder Denkschrift (*Achinger* u.a. 1955) oder in der *Sozialenquete* (1965) – oder wo Vorschläge von Wissenschaftlern den Gesetzgebungsprozeß beeinflussten, – wie der Schreiber-Plan (*Schreiber* 1955) die Rentenreform von 1957 – blieb der forschungsmäßige Hintergrund derartiger Empfehlungen unklar bis nicht-existent (vgl. *Krüger* 1975, *Zacher* 1980b). Erste systematische Forschungen zum Bereich der Sozialpolitik wurden von der „Kommission für dringliche sozialpolitische Fragen der Deutschen Forschungsgemeinschaft“ angeregt und im Rahmen eines Schwerpunktprogramms realisiert (vgl.

den. Die Ursachen für diese eklatante Forschungslücke lassen sich nur vermuten: Zum einen lag die wissenschaftliche Pflege des Sozialrechtes bis vor wenigen Jahren sehr im argen; das Sozialrecht und erst recht die Sozialverwaltung blieben damit für die Außenstehenden ein weitgehend unaufgearbeiteter und damit undurchschaubarer Gegenstand.²⁰ Sodann ist auch zu vermuten, daß von seiten der Sozialversicherungsträger selbst Vorbehalte gegen eine öffentliche Erörterung organisatorischer Probleme der sozialen Sicherung bestehen, welche teilweise durchaus interessenbedingt sein mögen. teilweise jedoch eher auf das empfindliche Gleichgewicht zwischen Selbstverwaltung und Geschäftsführung innerhalb der Sozialversicherungsträger zurückzuführen sein dürften. So bleibt es bei groben Vermutungen, wie sie etwa bei *Bethusy-Huc* (1965) zu finden sind.

Nur am Rande sei bemerkt, daß es auch an politikwissenschaftlichen und organisatorischen Studien zum gesamten Bereich der Sozialversicherungspolitik – unter Ein-schluß des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung und der Sozialgerichtsbarkeit – fehlt. Zu erwähnen sind lediglich die Arbeiten von *Naschold* 1967 und *Hockerts* 1980 sowie einige konzeptionelle Studien zum Gesamtkomplex der ‚sozialen Sicherheit‘ (*Kaufmann* 1970, *Braun* 1973, v. *Hippel* 1979, *Schmid* 1981), endlich der 1980 in Freiburg eingerichtete Forschungsschwerpunkt der DFG „Fortentwicklung der Systeme der sozialen Sicherheit“ (Zwischenbericht 1982). Auch weiterreichende Fragen nach den sozialen Wirkungen des Sozialversicherungswesens sind zwar schon früh aufgeworfen worden (*Bernhard* 1912), haben bisher aber kaum eine systematische Erforschung gefunden. Auf diese Forschungslücke hat *C. v. Ferber* schon früh (1967) hingewiesen, ohne daß sich bisher Entscheidendes geändert hätte. Den unbefriedigenden Forschungsstand stellt *Tennstedt* (1977) ausführlich dar.

3.3. Örtliche Sozialpolitik

Die klassische Sozialpolitik als Regelung des Arbeitsverhältnisses und als soziale Sicherung stellt nur in der Bundesrepublik eine zentralstaatliche Aufgabe dar. Von daher wird es verständlich, daß bis vor kurzem sozialpolitische Aufgaben der Länder und Kommunen überhaupt nicht ins Blickfeld der wissenschaftlichen sozialpolitischen Diskussion gerückt sind, obwohl man sich von der Geschichte der Sozialpolitik belehren lassen könnte, daß es nicht selten kommunale Initiativen waren, welche den Anstoß zu sozialpolitischen Neuerungen gegeben haben: Erinnerung sei an die kommunale Wohnungsbaupolitik seit der Jahrhundertwende und an die Ansätze zu einem öffentlichen Gesundheitswesen²¹. Seit Anfang der 70er Jahre begann hier eine Umorientierung: Angeregt vor allem durch die öffentliche Diskussion um „Lebensqualität“ begann sich das sozialpolitische Interesse zunehmend den örtlichen Lebensbedingungen und in diesem Zusammenhang dem Bereich der sozialen Infrastruktur und dem der sozialen Dienstleistungen zuzuwenden. Dem entsprachen neue Akzentsetzungen in der praktischen Sozialpolitik: Der Ausbau der Arbeitslosenversicherung zu einem Instrument der Arbeitsförderung (und damit der Ausbau der lokalen Arbeitsämter zu einer Dienstleistungsorganisation), die weitgehende Verstaatlichung der Krankenhausfinanzierung

(und damit verbunden die Entwicklung einer Krankenhausbedarfsplanung auf Länderebene), der Ausbau des Kindergartenwesens sowie die Entwicklung einer Vielzahl kommunaler Dienstleistungen, besonders für Jugendliche und alte Menschen, bilden den sozialpolitischen Kernbereich dessen, was seit Mitte der 70er Jahre unter Begriffen wie „Sozialplanung“, „örtliche Sozialpolitik“ oder „soziale Infrastruktur“ zur wissenschaftlichen Bearbeitung drängt. Im Hintergrund stehen allerdings auch hier bundesweite Entwicklungen, so etwa die Einführung des Instruments der „Gemeinschaftsaufgabe“ in das Grundgesetz, das Krankenhausfinanzierungsgesetz, das Städtebauförderungsgesetz und die zunehmende amtliche Sozialberichterstattung (Sozialbudget, Familienberichte, Jugendberichte (hierzu: Zapf 1976)). Der sozialpolitische Gegenstand erhält hier eine bisher ungewohnte Komplexität, die mit dem hohen Grad an „Politikverflechtung“ (vgl. Hesse 1974, Scharpf u. a. 1976) zusammenhängt. Hierbei sind neben den Sozialverwaltungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ebenso die Verbandsverwaltungen der freien Träger der Wohlfahrtspflege auf diesen drei Ebenen zu berücksichtigen. Aber auch auf der kommunalen Ebene selbst sind mit dem Ausbau der sozialen Dienstleistungen durch behördliche und freie Träger Planungs- und Steuerungsprobleme entstanden, die zu einer erheblichen publizistischen Aktivität im Grenzbereich von Wissenschaft und Praxis geführt haben²². Trotzdem ist die systematische wissenschaftliche Durchdringung des Gegenstandes noch nicht weit fortgeschritten – erste Versuche wurden von Vogel 1966, D. Schäfer 1969, Gröttrup 1973, Herlyn u. a. 1976 unternommen. Eine gleichzeitige konzeptionelle und empirische Aufarbeitung der mit der Planung, Organisation und Vermittlung sozialer Leistungen auf lokaler Ebene gegebenen Probleme versuchte der vom Bundesminister für Forschung und Technologie initiierte Forschungsverbund „Bürgernahe Gestaltung der sozialen Umwelt“ zwischen 1975 und 1979 (vgl. Kaufmann 1977, 1979)²³. Zu erwähnen sind weiterhin die implementationstheoretisch orientierten Studien zum Arbeitsförderungsgesetz (Blankenburg/Krautkrämer 1980, Krautkrämer-Wagner 1981), zum Krankenhausfinanzierungsgesetz (Reissert/Schnabel 1976: 205–217), zur Initiierung von Sozialisierungen (Grunow/Hegner 1979, Dahme u. a. 1980) und zur Kindergartenreform (Domscheit/Kühn 1981). Im Zentrum dieser gesamten Untersuchungsrichtung steht die Frage, inwieweit mit den Mitteln zentralstaatlicher Steuerung auf lokaler Ebene überhaupt Wirkungen erzeugt werden können und welcher Art diese Wirkungen sind²⁴. Wenig erforscht sind in diesem Zusammenhang vor allem noch Stellenwert und politischer Einfluß der Träger der freien Wohlfahrtspflege (hierzu Domscheit u. a. 1980, Heinze/Olk 1981)²⁵. Die Versuche einer systematisierenden Zusammenfassung stehen noch in den Anfängen (Pitschas 1979, Becher u. a. 1981, Kaufmann 1982a).

Der Ausbau der örtlichen sozialpolitischen Angebote mit Hilfe politischer Maßnahmen hat in der Folge zu einer Problematisierung dieser Form des sozialpolitischen Eingreifens geführt: Die die Entstehung der Sozialpolitik im 19. Jahrhundert begleitende Diskussion zum Verhältnis von Staatshilfe und Selbsthilfe ist im Bereich der sozialen Dienste mit Nachdruck wieder aufgebrochen. Ausgelöst wurde diese Diskussion in der Bundesrepublik durch E. Pankoke u. a. (1975) sowie B. Badura und P. Gross (1976; 1977). Sie wurde in der Folge vor allem im Rahmen der Studiengruppe „Staatliche Sozialpolitik und nicht-professionelle Sozialsysteme“ der Werner-Reimers-Stiftung

fortgeführt und hat hier zu einer differenzierten Beurteilung unterschiedlicher Formen der Selbsthilfe (vgl. *Badura/v. Ferber* 1981) und des Zusammenhangs von staatlicher Sozialpolitik und Familie (*Kaufmann* 1982b) geführt.²⁶ Aus diesem Arbeitszusammenhang ist auch ein Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Gesellschaftliche Bedingungen sozialpolitischer Intervention – Staat, intermediäre Instanzen und Selbsthilfe“ hervorgegangen, im Rahmen dessen seit 1981 Projekte in Augsburg (*M. Pfaff*), in Bielefeld (*D. Grunow, P. Raschke*), Bremen (*J. Gotthold, S. Leibfried, R. Müller*), Essen (*E. Pankoke, B. Becher*), Hannover (*U. Herlyn*), Kassel (*A. Labisch*) und Oldenburg (*B. Badura*) gefördert werden.²⁷

3.4. Steuerungs- und Evaluationsprobleme der Sozialpolitik

„Die Sozialpolitik ist in ihrer praktischen Durchführung naiv, d. h. sie reflektiert nicht über das hinaus, was man ihr befohlen hat aufzubringen und zu leisten, und sie kennt seit 100 Jahren keinen Zweifel am Nutzen ihrer Tätigkeit. Sie hat kein Instrument, um nach der Weiterwirkung dessen zu fragen, was sie schafft.“

Mit diesen Worten hat *Hans Achinger* (1959: 51) anlässlich des bis 1976 einzigen, der Sozialpolitik gewidmeten Referates auf einem Deutschen Soziologentag nach 1945 die zentrale Fragestellung angesprochen, deren Beantwortung von einer sozialwissenschaftlichen Sozialpolitikforschung erwartet werden mußte. Während die älteren Bestimmungsversuche von Sozialpolitik vor allem auf ihren normativen Gehalt abhoben und den wissenschaftlichen Beitrag in der Klärung der sozialpolitischen Zielsetzungen und ihres Zusammenhangs mit den sozialpolitischen Maßnahmen sahen, konzentriert sich die jüngere Sozialpolitikforschung mehr und mehr auf die Frage nach der Bewirkbarkeit sozialpolitisch erwünschter Wirkungen. In normativer Hinsicht wird dabei konzediert, daß über sozialpolitische Zielsetzungen kein verbindlicher, apriorischer Konsens vorausgesetzt werden kann, sondern daß sozialpolitische Ziele stets aus dem historisch-politischen Kontext ermittelt und in gewisser Hinsicht für die sozialwissenschaftlichen Untersuchungen vorausgesetzt werden müssen.²⁸ Der ganz überwiegende Teil neuerer sozialpolitischer Forschungen sucht daher die tatsächlichen Wirkungen sozialpolitischer Intervention zu ermitteln und zu erklären. Hierbei ergeben sich zwei Zentralprobleme, nämlich einerseits dasjenige der Steuerbarkeit sozialpolitischer Eingriffe, andererseits dasjenige ihrer Effektivität (vgl. *Kaufmann* 1977b). Ein Großteil der in den Teilen 1 und 3 dieser Darstellung skizzierten Forschungsvorhaben bezieht sich implizit oder explizit auf eine dieser beiden Fragestellungen. Die Steuerungsproblematik ist dabei in jüngster Zeit vor allem im Zusammenhang mit der Implementationsforschung erörtert worden (vgl. *Mayntz* 1980, *Wollmann* 1979), doch scheint das eigentliche Problem, nämlich die Beeinflussung von Interorganisationsbeziehungen durch entsprechende gesetzliche, finanzpolitische u. ä. Vorgaben i.S. einer Maximierung der Chance sozialpolitischer Zielerreichung bisher weder ausreichend theoretisch formuliert noch empirisch untersucht.²⁹ Man beschränkt sich im wesentlichen auf den Nachweis des hohen Eigengewichts von Organisationsinteressen, eventuell auch der

Wirksamkeit externer Einflüsse, welche zu Zielverschiebungen und Vollzugsdefiziten führen. Die eigentlich interessante Frage ist jedoch, ob sich etwas über die Bedingungen aussagen läßt, unter denen Zielverschiebungen, Vollzugsdefizite etc. in größerem oder geringerem Umfange auftreten und wodurch sich diese Bedingungen beeinflussen lassen.³⁰

Effektivitätsgesichtspunkte sind implizit in einem Großteil der sozialwissenschaftlichen Argumentationen zur Sozialpolitik enthalten, werden aber selten systematisch herausgearbeitet. Genau gesagt handelt es sich hier um drei miteinander verbundene, jedoch zumindest analytisch zu differenzierende Fragestellungen, die sich durch die Begriffe Effizienz, Effektivität und Wirksamkeit unterscheiden lassen: Effizienz meint verwaltungsinterne Kriterien des Verwaltungserfolgs, welche sich aus dem Vergleich von Mittelaufwand und Leistung bzw. Input und Output ergeben. Effektivität meint das Verhältnis von Zielsetzung und Grad der Zielerreichung, setzt also eine Zieldefinition voraus, welche im Regelfalle durch politische oder administrative Akteure erfolgt; Wirksamkeit bezieht sich auf die externen Wirkungen (impacts) von öffentlichem Handeln, d. h. auf den Zusammenhang zwischen sozialpolitischen Maßnahmen und Veränderungen der Lebenslage bei den hiervon direkt oder indirekt Betroffenen. Effizienz und Effektivität thematisieren den Erfolg des Verwaltungshandelns unter verwaltungsbezogenen Kriterien, Wirksamkeit thematisiert ihn unter Kriterien der Adressaten von Politik. In sozialpolitischer Hinsicht ist nun der springende Punkt, daß es gar keine legitimierbaren Gründe gibt, die Effektivität sozialpolitischer Maßnahmen anders als durch Kriterien ihrer erwünschten Wirksamkeit bei den Betroffenen (Zielgruppen) zu definieren, daß aber gerade dies typischerweise nicht der Perspektive der leistenden Verwaltung entspricht. Die eigentliche Schwierigkeit jeglicher Effektivitätsbestimmung besteht im Umstand, daß die Konkretisierung politischer Ziele bzw. die Bearbeitung politischer Probleme in einem mehrstufigen Verfahren durch unterschiedliche Subeinheiten des politischen Systems (und möglicherweise durch externe Akteure wie z. B. Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege) erfolgt, und daß die dabei notwendige Koordination nicht allein durch normative Prämissen oder Anweisungen erreicht werden kann.

In den Vereinigten Staaten haben seit Anfang der 60er Jahre zwei Forschungsrichtungen sich der Bestimmung von Effekten sozialpolitischer Maßnahmen zugewandt, nämlich die soziale Indikatorenforschung (hierzu Zapf 1973, Werner 1975) und die Evaluationsforschung (hierzu zusammenfassend Hellstern/Wollmann 1977, Wollmann/Hellstern 1977). Beide Forschungsrichtungen weisen bereits an ihrem Ursprung einen engen Bezug zur Sozialpolitik auf: Der sozialen Indikatorenforschung geht es um die Präsentation von Indikatoren für nicht in Geldeinheiten meßbare Sachverhalte, insbesondere im Bereich der sog. „social concerns“ wie Gesundheit, Bildung, Arbeitszufriedenheit, Freizeit, politischer Teilhabe usw. Soziale Indikatoren scheinen grundsätzlich geeignet, Dimensionen der Lebenslage der Bevölkerung, auf die sozialpolitischen Maßnahmen gerichtet sind, politisch vorstellbar zu machen. Die Evaluationsforschung hat ihren unmittelbaren Ursprung in den sozialpolitischen Programmen der Johnson-Administration.

Die Rezeption der Sozialindikatorenforschung erfolgte in der Bundesrepublik zunächst durch nur wenige Personen (bes. Zapf 1972; 1973). In der Zwischenzeit hat sich die Forschungsrichtung im wissenschaftlichen Bereich erfolgreich etabliert und auch zu einer gewissen Institutionalisierung der amtlichen Sozialberichterstattung geführt,³¹ ohne daß allerdings die Impulse zur Verbesserung der sozialstatistischen Infrastruktur wie in den Vereinigten Staaten von einer breiten politisch-administrativen Bewegung getragen würden.

Pionierarbeit wurde insbesondere im Rahmen des SPES-Projekts („Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem“) in Frankfurt und Mannheim geleistet (vgl. Zapf 1977, Ballerstedt/Glatzer 1979), das sich sowohl um eine Analyse und Konkretisierung gesellschaftspolitischer Ziele wie auch um empirische Wohlfahrtsmessungen und Probleminformation mit Hilfe sozialer Indikatoren bemühte. Darüber hinaus hat sich in der Sektion „Soziale Indikatoren“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ein seine Ergebnisse periodisch veröffentlichender Kommunikationszusammenhang gebildet.³²

Für sozialpolitische Analysen im engeren Sinne bleibt die Sozialindikatorenforschung allerdings vergleichsweise wenig ertragreich, solange sie auf einer oft allzu hohen Aggregationsebene (der Gesamtgesellschaft) verbleibt und weitgehend auf erklärende Analysen verzichtet, die zugleich sozialpolitische Einwirkungsmöglichkeiten aufzeigen könnten. Notwendig und wünschenswert ist daher eine systematische Verknüpfung mit Problemen der Wohlfahrtsproduktion (hierzu Zapf 1981) oder Theorien sozialer Probleme (hierzu Boble 1981) oder endlich Theorien sozialpolitischer Intervention (ein noch unausgefülltes Desiderat).

Schwieriger gestaltet sich die Rezeption der amerikanischen Evaluationsforschung im Bereich der Sozialpolitik. Für die amerikanische Sozialpolitik ist charakteristisch, daß sie sich in Form von – häufig terminierten – abgrenzbaren Programmen vollzieht, und die Methodologie der Evaluationsforschung wurde an dieser Form sozialpolitischer Intervention entwickelt. In der Bundesrepublik dagegen haben die typischen Formen sozialpolitischer Intervention Gesetzescharakter, Innovationen erfolgen typischerweise als Modifikationen von Gesetzen und damit stets in einem weit stärker vorstrukturierten Kontext. An die Stelle der Evaluation von als Sozialexperimenten aufgefaßten Programmen tritt daher in der Bundesrepublik das Interesse an der Analyse der Wirkungen bereits etablierter Sozialgesetze, wobei sich der theoretische und methodische Ausgangspunkt deutlich verschiebt (vgl. Kaufmann/Strohmeier 1981). Dementsprechend sind empirisch durchgeführte Wirkungsanalysen im Bereich der Sozialpolitik noch relativ selten.³³ Sie finden sich am ehesten im Bereich der Familien- und Jugendpolitik³⁴ (vgl. etwa Lüscher 1979, MAGS 1977, Kaufmann u. a. 1980). Verwaltungswissenschaftlich ergiebig sein und zur Rationalisierung der Sozialpolitik beitragen dürfte auf die Dauer allerdings nur eine Wirkungsforschung, welche die Produktionsweise der Effekte innerhalb des politisch-administrativen Systems mit berücksichtigt und dazu beiträgt, daß verwaltungsinterne Standards von Effektivität stärker den Gesichtspunkt der Drittwirkungen mit einbeziehen.

3.5. Sozialpolitik als wohlfahrtsstaatliche Entwicklung

Vor allem im Zeichen der seit einiger Zeit entbrannten Diskussion um die „Krise des Wohlfahrtsstaates“ (vgl. *Habermas* 1973, *Offe* 1975, *Scharpf* 1977, *Strasser* 1979, *Flora* 1979, *Alber* 1980) ist das Interesse an historischen und international vergleichenden Untersuchungen der Entwicklung der Sozialpolitik stark gestiegen. Umfassende Vorarbeiten hierzu sind bereits seit einigen Jahren in zwei Projektgruppen im Gange, nämlich der „Projektgruppe für internationales und vergleichendes Sozialrecht der Max-Planck-Gesellschaft“ (seit 1980: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht) in München und dem von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Projekt „Historical Indicators of West European Democracies“ (HIWED-Projekt in Mannheim) unter der Leitung von *P. Flora*. Die Münchner Arbeitsgruppe um *Hans F. Zacher* besteht ausschließlich aus Juristen und hat sich zum Ziel gesetzt, Methoden des Rechtsvergleichs auf den Bereich des Sozialrechts anzuwenden (vgl. *Zacher* 1979; 1980a, *Köhler/Zacher* 1981). Die Arbeiten sind jedoch auch für Sozial- und Verwaltungswissenschaftler von hohem Interesse, einmal wegen der damit verbundenen Dokumentationsarbeit (hierzu auch *Zacher* 1976), sodann aber auch angesichts der für Juristen ungewöhnlichen interdisziplinären Orientierung, welche sich vor allem bei der komparativen Analyse bestimmter sozialpolitischer Instrumente – beispielsweise der Beitragsfinanzierung – bewährt (vgl. *Zacher* 1980a). Gleichzeitig bietet der internationale Sozialrechtsvergleich erhebliche Chancen für eine Versachlichung der sozialpolitischen Diskussion innerhalb der Bundesrepublik und zur Klärung der wirklich tragenden Strukturen der Sozialpolitik diesseits aller sozialwissenschaftlichen Modethemen. Ebenfalls international vergleichend geht das HIWED-Projekt vor, nämlich auf der Basis eines komparativen politikwissenschaftlichen Ansatzes, wie er vor allem von *S. Rokkan* entwickelt wurde, sowie unter Einbeziehung modernisierungstheoretischer Fragestellungen (vgl. *Flora* 1975). Hervorzuheben ist auch hier zunächst die umfangreiche Quellenarbeit, die hauptsächlich in der Entwicklung vergleichbarer Langzeitreihen von Indikatoren des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturwandels besteht (vgl. *Flora* 1982), welche als empirische Datenbasis zur Prüfung spezifischer Hypothesen zur Genese und Dynamik der modernen Wohlfahrtsstaaten Verwendung finden (vgl. *Flora* u. a. 1977, *Flora/Heidenheimer* 1981). Materiale Analysen liegen inzwischen zu zwei zentralen Aspekten wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung vor, der Entwicklung der Sozialversicherungssysteme (*Alber* 1979) und der Expansion der Staatsausgaben in Westeuropa (*Kobl* 1979); weitere Analysen zu einzelnen Politikbereichen (z. B. Bildung) sind in Vorbereitung.

Diese groß angelegten Forschungsprojekte bestätigen zunächst eindrücklich die sozialpolitische Dynamik des vergangenen Jahrhunderts, sie sind allerdings für die Erörterung aktueller Krisentendenzen im Bereich moderner Wohlfahrtsstaaten nicht hinreichend. Auch wenn man den Sozialstaat nicht als bloße Illusion (so *Müller/Neusüß* 1970) und Sozialpolitik nicht als bloßes Instrument sozialer Kontrolle (*Offe* 1971, *Guldimann* u. a. 1978) versteht, sondern mit dem wohl bedeutendsten Theoretiker der Sozialpolitik, *Eduard Heimann* (1929, hierzu *Badura* 1980) von einem konservativ-progressiven Doppelcharakter der Sozialpolitik ausgeht, welche das kapitalistische

System gleichzeitig erhält und transformiert, so ist doch einzuräumen, daß die Expansion des sozialpolitischen Instrumentariums ihrerseits zu Folgeproblemen führt, die allerdings m. E. auf sehr unterschiedlichen Dimensionen angesiedelt sind: Die Schaffung neuer Herrschaftspositionen im Bereich der „Verteilungseliten“, (hierzu *Widmaier 1976, Baier 1977*), die Korporatismusdiskussion (hierzu *Teubner 1979, von Alemann/Heinze 1979, Heinze 1981, Rosewitz/Wolf 1951*), die behauptete Fiskalkrise des Staates (nach *Schumpeter 1918* vor allem *O'Connor 1973*), die Motivationskrise (*Habermas 1973*) und die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ (so der Titel des nächsten Deutschen Soziologentages) – um nur einige der behaupteten Krisensymptome zu nennen – sind hinsichtlich der zugrundeliegenden Symptomatik so heterogen, daß es mir fraglich scheint, ob die vermutlich zunehmenden Steuerungsprobleme und möglicherweise abnehmenden Pazifizierungseffekte der Sozialpolitik sich nach dem Muster einer einheitlichen Krisenlogik interpretieren lassen.

4. Sozialpolitik im Verhältnis zur Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft

Auch wenn unsere einleitende Unterscheidung von Sozialpolitik als politischem Kampf um die Sozialreform, als Sozialadministration und als Wissenschaft es nahelegt, die Wissenschaft der Sozialpolitik als Teil von Politikwissenschaft bzw. Verwaltungswissenschaft zu begreifen, so zeigte die vorangehende Skizze des tatsächlichen Forschungsstandes in der Bundesrepublik wohl deutlich, daß nahezu alle wesentlichen Impulse zu einer Durchdringung der Sozialpolitik bisher von anderen Wissenschaften – der Nationalökonomie, der Rechtswissenschaft und der Soziologie – ausgegangen sind. Erst in jüngster Zeit beginnt sich auch die Politikwissenschaft intensiver mit Sozialpolitik zu beschäftigen, ohne allerdings bisher ein deutliches, von der soziologischen Betrachtungsweise abweichendes Paradigma entwickelt zu haben. Besonders auffällig ist die nahezu vollständige Abstinenz der Verwaltungswissenschaft im Verhältnis zur Sozialpolitik.³⁵ Wie gezeigt wurde, bedeutet dies selbstverständlich nicht, daß politik- oder verwaltungswissenschaftlich relevante Themen von der bisherigen Forschung nicht aufgegriffen worden wären, aber dies geschah aus anderen Perspektiven; ihre Rekonstruktion in politik- bzw. verwaltungswissenschaftlicher Perspektive steht noch aus.³⁶

Auch wenn der Verfasser dieses Beitrags sich selbst als Soziologe versteht, so sollen diese Feststellungen nicht als Aufforderung zum Markieren disziplinärer Grenzen verstanden werden. Sinnvoll erscheint es, Sozialpolitik als ein interdisziplinäres Wissenschaftsgebiet aufzufassen und die spezifischen Leistungen derjenigen, die sich selbst als Vertreter einer ‚Wissenschaft von der Sozialpolitik‘ verstehen, in ihrer die Beiträge unterschiedlicher Disziplinen integrierenden, synthetisierenden Funktion zu sehen. Gleichzeitig scheint es nicht unangemessen, in diesem Zusammenhang an die in der deutschen Tradition oft beschworene ‚Einheit der Sozialwissenschaften‘ zu erinnern, deren Postulat sich zwar einem theoretischen Fortschritt eher hinderlich erwiesen hat, mit Bezug auf anwendungsbezogene Problemstellungen dagegen nach wie vor ihre Berechtigung hat. Disziplinbezeichnungen sind zudem mehrdimensional, die Betonung

der Disziplinergrenzen im Bereich anwendungsbezogener Sozialwissenschaft hat zumeist bloß einen professionspolitischen Sinn (vgl. Kaufmann 1980). Zu wünschen wäre die Kooperation von (Arbeits- und) Sozialrechtlern, von Volkswirten und Verwaltungswissenschaftlern wie von Politikwissenschaftlern und Soziologen. Und nicht zu vergessen: Historikern, denn das Erfahrungsobjekt Sozialpolitik ist uns nur als Geschichte der Sozialpolitik in ihren politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Verflechtungen gegeben.

Anmerkungen

- * Für ergänzende Hinweise danke ich F. Hegner (Berlin), S. Kirchberger (Münster), J. Kobl (Bielefeld) und W. Rolf (Bielefeld).
- 1 Ansätze bei Achinger 1958, Gladen 1974, Tennstedt 1976; 1981, Hentschel 1978, Standfest 1979, Hockerts 1980, Lampert 1980, Hansen u. a. 1981.
- 2 Sie wird insbesondere bei der älteren deutschen Staatswissenschaft (R. v. Mohl, L. v. Stein) aber auch bei E. Heimann deutlich (vgl. Angermann 1962, Böckenförde 1963, Heimann 1929).
- 3 Ausgeklammert bleibt weiterhin die neuerdings zunehmende angelsächsische Literatur zur deutschen Sozialpolitik und die Erörterung der historischen Grundlagen der Sozialpolitik in der Bundesrepublik. Vieles von dem, was heute sozialpolitischen Neuigkeitswert zu haben scheint, war bereits Gegenstand von Erörterungen zur Zeit der Weimarer Republik (vgl. z. B. Leibfried 1981).
- 4 Das bedeutet gleichzeitig, daß das wissenschaftliche Dokumentationswesen in unserem Bereich im argen liegt. Die beste Dokumentation findet sich im Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen in Berlin sowie auf internationaler Ebene der Forschungs- und Dokumentationsabteilung der International Social Security Association (ISSA) in Genf, die u.a. Berichte über laufende Forschungsvorhaben und jährliche Bibliographien (nach Ländern geordnet) veröffentlicht.
- 5 Die Sammelbände Murswieck 1976, v. Ferber/Kaufmann 1977, Müller/Otto 1980, enthalten zahlreiche bereichsspezifische Studien mit weiterführender Literatur. Hingewiesen sei auch auf die periodisch erscheinende Literaturrevue der Neuen Praxis.
- 6 Man kann die hier anvisierte Unterscheidung mit den Begriffen Programmformulierung und Implementation, aber auch mit den Begriffen ‚Politik‘ und ‚Verwaltung‘ fassen, doch geht dabei u. U. gerade das für sozialpolitische Vorhaben charakteristische, bewegende, normative Moment verloren, das im Begriff Sozialreform aufscheint. Ein guter Teil des sozialpolitischen Geschäfts auch der Parlamente ist eher dem Bereich ‚social policy‘ als dem Bereich ‚social politics‘ zuzuordnen.
- 7 Eine Ausnahme macht hier das hervorragende Lehrbuch von Lampert 1980, welches in der Verknüpfung einer historischen, einer theoretischen und einer bereichsspezifischen Analyse neue Maßstäbe für die Darstellung des Gegenstandes setzt. Fortschritte in Richtung auf eine systematische Verknüpfung von sozialen Problemen und Sozialpolitik bringen Bäcker u. a. 1980.
- 8 Die Rückbenennung der repräsentativen Fachgesellschaft der deutschen Nationalökonomie von „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ in „Verein für Socialpolitik“ hat an diesem Zustand (außer auf der Tagung von 1976, vgl. Külz/Haas 1977) wenig geändert. Sozialpolitik ist lediglich Gegenstand eines der vielen Fachausschüsse der Gesellschaft. Seine Ergebnisse werden in der Schriftenreihe des Vereins für Socialpolitik N.F. im Verlag Duncker & Humboldt (Berlin) veröffentlicht. Vgl. Sanmann 1971; 1973; Widmaier 1978.
- 9 Vgl. v. Ferber/Kaufmann 1977, Badura/v. Ferber 1981, Böhle/Standfest 1981, Kaufmann 1982b. Schriftenreihe im Oldenbourg-Verlag (München).
- 10 Der Deutsche Sozialgerichtsverband (Schriftenreihe im Chmielorz-Verlag, Wiesbaden) wurde 1965 als Vereinigung von Wissenschaftlern und Praktikern des Sozialrechts gegründet. Der jüngste Aufschwung der Sozialrechtswissenschaft wird auch durch die Gründung der Vierteljahresschrift für Sozialrecht (1973), die Herausgabe eines „Jahrbuch des Sozialrechts der Gegenwart“ (1979) und die Gründung eines Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Sozialrecht (hierzu Schultze/Zacher 1981) unterstrichen. Zur Entwicklung der Sozialpolitik und ihrer Wissenschaft aus sozialrechtlicher Sicht vgl. Zacher 1980b, Einleitung, S. XXXIX – CII.

- 11 Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang das mit Blick auf politische Entscheidungsprämissen hin abgefaßte Buch von *Naschold* 1967, über „Kassenärzte und Krankenversicherungsreform“ sowie der programmatische, die Sozialstaatsdiskussion auslösende Artikel von *Müller/Neusüß* 1970. Als weitere wichtige Schriften sind die von *Hartwich* 1970 und *Murswieck* 1976 zu nennen. Der 1975 in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft gegründete und von *Stefan Kirchberger* geleitete Arbeitskreis Gesundheits- und Sozialpolitik ist erstmals auf dem Politologentag in Bonn (1977) mit eigenen Beiträgen an die Öffentlichkeit getreten (Sonderheft 9/78 der PVS). Eine weitere Tagung folgte in Augsburg (1979) (dokumentiert in *Ellwein* 1980) und vom 2. bis 4. Juni d. J. wurde eine umfangreiche Fachtagung in Ulm mit dem Titel „Staatliche Eingriffe und Selbstregulierungspotentiale im Gesundheitswesen – zur Durchsetzung von Betroffeneninteressen“ durchgeführt.
- 12 Unter den wissenschaftlichen Publikationsorganen kommt dieser disziplinenübergreifende Charakter am ehesten in der „Zeitschrift für Sozialreform“ (seit 1955) zum Tragen.
- 13 Es wird auch auf die Erörterung von Grundsatzfragen des Faches (z. B. Grundbegriffe, Konstitutionsbedingungen, Werturteilsproblematik und Anwendungsproblematik der Sozialwissenschaften in politischen Kontexten) verzichtet. Es sei lediglich angedeutet, daß der Verfasser in seinen eigenen Arbeiten mit einem analytischen Begriff von Sozialpolitik arbeitet und im Anschluß an ältere Autoren (bes. *L. v. Stein*, *E. Heimann* und *G. Weisser*) eine theoretische Position anstrebt, die (praktische) Sozialpolitik als Intervention des Staates in die sozialen Verhältnisse zwecks Verbesserung der Lebenslage von wirtschaftlich und/oder sozial schwachen Personengruppen begreift und die Bedingungen, unter denen solche Absichten größeren oder geringeren Erfolg haben, zu bestimmen versucht (vgl. *Kaufmann* 1977b; 1982a). Die Gliederung der nachfolgenden Darstellung orientiert sich jedoch nicht an diesem Gesichtspunkt sondern an Schwerpunkten oder Desideraten der wissenschaftlichen Diskussion über Sozialpolitik.
- 14 Weitere für unsere Thematik relevante Ergebnisse aus diesem Forschungsprogramm: *Bethusy-Huc* 1965, *Vogel* 1966, *Kaufmann* 1970.
- 15 (Vgl. *Mackenroth* u. a. 1954, *Die sozialen Verhältnisse* . . . 1955; 1957). Im Hintergrund dieser Fragestellung stand das sozialpolitische Problem der Zeit, daß infolge der Kriegsschäden eine Vielzahl unterschiedlicher Leistungsansprüche mit für sich genommen ungenügender Leistungshöhe in undurchschaubaren Kombinationen an Einzelpersonen zufließte.
- 16 Vgl. bes. *Schmäbl* 1977; 1982. Einen guten Überblick über Forschungsaktivitäten und Publikationen geben der Bericht über die erste Forschungsphase und der Antrag für die zweite Forschungsphase. Vgl. *Sonderforschungsbereich* 3, 1981a, 1981b. Schriftenreihe im Campus-Verlag (Frankfurt).
- 17 Als Untersuchungen der Verteilungswirkung sozialer Dienste bzw. „sozialer Infrastruktur“ in der Bundesrepublik seien erwähnt: *Henke* 1975, *Asam* 1978, *Skarpelis-Sperk* 1978, *Helmer* 1978, *Kaufmann* u. a. 1982.
- 18 Vorüberlegungen bei: *D. Schäfer* 1972, *v. Ferber* 1975, *Albers* 1976, *Kaufmann* 1977a, *Pfaff/Voigtländer* 1978, *Hegner* 1979, *Hellstern* 1981.
- 19 Eine Ausnahme bildet die Untersuchung von *Dabeim* (1957) zur internen Organisation einer Krankenkasse.
- 20 Einen gewissen Überblick verschafft man sich am besten durch die periodisch vom *BMA* herausgegebene „Übersicht über die soziale Sicherung“. Als Lehrbücher des Sozialrechts sind zu empfehlen: *Wannagat* 1965, *Bley* 1979, *Gitter* 1981.
- 21 Die Geschichte der (meist sozialdemokratisch inspirierten) kommunalen Sozialpolitik ist ein wesentlicher Forschungsgegenstand des Forschungsschwerpunktes „Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik“ an der Universität Bremen. (vgl. *Hansen* u. a. 1981, *Leibfried* 1981 u. a. m.).
- 22 Als Kristallisationspunkte des anspruchsvolleren Teils dieser Diskussion erweisen sich die Zeitschriften „*Neue Praxis*“ (Neuwied) und „*Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit*“ (Frankfurt/M.).
- 23 In diesem Zusammenhang haben sich insbesondere an der Universität Bielefeld komplexere Arbeitszusammenhänge zu Fragen der Sozialpolitikforschung entwickelt. Vgl. Schriftenreihe der Forschungsgruppe Sozialplanung und Sozialverwaltung e.V. Bielefeld (*Grunow/Hegner* 1975; 1978; 1979, *Dahme* u. a. 1980); *Schneider* 1977, *Raschke/Schliebe* 1979, *Kaufmann* u. a. 1980, *P. Schäfer* 1980, *Boble* 1981, *Domscheit/Kühn* 1981, *Japp/Olk* 1981, *Olk/Otto* 1981; Schriftenreihe des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (*Kaufmann* u. a. 1982, *Wirth* 1982).

- 24 Besonders eindringlich haben *Pressman/Wildavsky* (1973) dieses Problem im Untertitel ihrer Implementationsstudie dargelegt: „How great expectations in Washington are dashed in Oakland; or, why it's amazing that federal programs work at all this being a saga of the economic development administration as told by two sympathetic observers who seek to build morals on a foundation of ruined hopes“.
- 25 Jedoch kann man davon ausgehen, daß sie wie andere Verbände auch in den politisch-administrativen Entscheidungsprozeß integriert sind, da sie für das politische System und im politischen System vier notwendige Funktionen erfüllen. Diese bestehen nach *Rosewitz/Wolf* (1981: 97 ff.) erstens in der Artikulation gesellschaftlicher Forderungen, zweitens in der Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen, drittens in der Verfügung über Ressourcen und viertens in der Sicherung von Legitimität.
- 26 Einen guten Überblick über die spezifischen Probleme der Sozialarbeit in diesem Zusammenhang gibt *Müller/Otto* 1980.
- 27 Zum Schwerpunktprogramm selbst vgl. *Kaufmann* u. a. 1981.
- 28 De facto ergibt eine vergleichende Betrachtung der sozialpolitischen Interventionen und ihrer Legitimationen in verschiedenen Ländern bemerkenswerte Übereinstimmungen hinsichtlich der großen Interventionsbereiche und der die Intervention legitimierenden Wertvorstellungen. Vgl. etwa *Kaufmann* 1970, Kap. 3, *Zapf* 1972, *Schmid* 1981. Politische Kontroversen entstehen aus der unterschiedlichen Gewichtung von Wertgesichtspunkten, welche in Verbindung mit unterschiedlichen Interessen zu recht verschiedenen Operationalisierungen führen können. Dabei sind jedoch stets nicht nur normative, sondern insbesondere auch kausale Annahmen involviert, die häufig einer ernsthaften Prüfung nicht standhalten. Dies ist der Ausgangspunkt neuerer Überlegungen.
- 29 Diese Problematik steht im Zentrum der Forschungsgruppe „Steuerung und Erfolgskontrolle im öffentlichen Sektor“ am Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld (1981/82). Die Arbeiten erscheinen zunächst in einer Preprint-Serie und können über die Verfasser angefordert werden.
- 30 Einen Überblick über die amerikanische Forschung mit der Formulierung entsprechender Hypothesen geben *Sabatier* und *Mazmanian* 1980.
- 31 Zu erwähnen sind hier die periodischen Sozialberichte (einschließlich Sozialbudget) des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, die Familien- und Jugendberichte der Bundesregierung und Datenhandbücher (Gesellschaftliche Daten 1973, 1977, 1979 hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; Daten des Gesundheitswesens, hrsg. v. BMJFG). Man gewinnt allerdings den Eindruck, als ob die Sozialberichterstattung der gegenwärtigen Bundesregierung in dem Maße einschläft, als die politischen Schwierigkeiten zunehmen!
- 32 Reihe „Soziale Indikatoren“, Campus Verlag, Frankfurt und New York 1974 ff.
- 33 Ein den Stand der Forschung repräsentierendes Handbuch ist in Vorbereitung (*Hellstern/Wollmann* 1982).
- 34 Allerdings auch im hier ausgeklammerten Bereich der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Vgl. Mitt. AB 3/1981.
- 35 Und dies ganz im Gegensatz zu England, wo die Titmuss-Schule schon früh die administrativen Aspekte der Sozialpolitik entdeckte.
- 36 Dies wird auch durch das völlige Fehlen sozialpolitischer Themen im Überblick von *Bruder* (1981) bestätigt.

Literaturverzeichnis

- Achinger, H./Höffner, J./Muthesius, H./Neundörfer, L.*, 1955: Neuordnung der sozialen Leistungen. Denkschrift, auf Anregung des Herrn Bundeskanzlers erstattet. Köln.
- Achinger, H.*, 1958: Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik – Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat. Frankfurt/Main. (2. Aufl. 1971)
- Achinger, H.*, 1959: Soziologie und Sozialreform, in: Soziologie und moderne Gesellschaft. Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages, Stuttgart, 39–52.
- Alber, J.*, 1979: Modernisierung und die Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa. Diss. Universität Mannheim (vervielfältigt).
- Alber, J.*, 1980: Der Wohlfahrtsstaat in der Krise? Eine Bilanz nach drei Jahrzehnten Sozialpolitik in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Soziologie, 9. Jg., 313–342.

- Albers, W.*, 1976: Möglichkeiten einer stärker finalorientierten Sozialpolitik. Göttingen.
- Alemann, U. v./Heinze, R. G.*, 1979: Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus. Opladen. (2. A. 1981).
- Angermann, E.*, 1962: Robert von Mohl 1799–1875: Leben und Werk eines altliberalen Staatsgelehrten. Neuwied.
- Asam, W.*, 1978: Öffentliche Realtransfers und personale Verteilungswirkungen. Eine empirische Analyse zur Beeinflussung gruppenspezifischer Versorgungslagen durch Einrichtungen der sozialen Infrastruktur. Diss. Augsburg.
- Bäcker, G./Bispinck, R./Hofemann, K./Naegele, G.*, 1980: Sozialpolitik. Eine problemorientierte Einführung. Köln.
- Badura, B./Gross, P.*, 1976: Sozialpolitische Perspektiven – Eine Einführung in Grundlagen und Probleme sozialer Dienstleistungen. München.
- Badura, B.*, 1980: Heimanns demokratischer Sozialismus, eine Provokation moderner Sozialpolitik, in: Eduard Heimann – Soziale Theorie des Kapitalismus – Theorie der Sozialpolitik, Neudruck Frankfurt/Main, III-XXII.
- Badura, B./v. Ferber, Ch.* (Hrsg.), 1981: Selbsthilfe und Selbstorganisation im Gesundheitswesen. München und Wien.
- Baier, H.*, 1977: Herrschaft im Sozialstaat. Auf der Suche nach einem soziologischen Paradigma der Sozialpolitik, in: v. Ferber/Kaufmann, a. a. O., 128–142.
- Ballerstedt, E./Glatzer, W.*, 1979: Soziologischer Almanach. Handbuch gesellschaftlicher Daten und Indikatoren, 3. Aufl., Frankfurt und New York.
- Becher, B./Pankoke, E.*, 1981: Sozialadministration und selbstaktive Felder – neue Relationsprobleme kommunaler Sozialpolitik. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit, 12. Jg., Nr. 4, 219–239.
- Becher, B./Nokielski, H./Pankoke, E.*, 1981: Sozialarbeit und kommunale Sozialpolitik, in: Projektgruppe Soziale Berufe (Hrsg.), Sozialarbeit: Problemwandel und Institutionen. München, 15–42.
- Bernhard, L.*, 1912: Unerwünschte Folgen der Sozialpolitik. Berlin.
- Bethusy-Huc, V. v.*, 1965: Das Sozialleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen (2. A. 1976).
- Blankenburg, E./Krautkrämer, U.*, 1980: Ein Verwaltungsprogramm als Kaskade von Rechtsvorschriften: Das Arbeitsförderungsgesetz, in: Mayntz, R., a. a. O., 138–153.
- Bley, H.*, 1979: Sozialrecht, 3. A., Frankfurt.
- Böckenförde, E. W.*, 1963: Lorenz von Stein als Theoretiker der Bewegung von Staat und Gesellschaft zum Sozialstaat, in: Festschrift für Otto Brunner, Göttingen, 248–277.
- Böble, F./Standfest, E.* (Hrsg.), 1981: Sozialpolitik und Produktionsprozeß. Beiträge praxisorientierter Forschung für eine präventive, arbeitsprozeßbezogene Sozialpolitik. Köln.
- Bogs, H./v. Ferber, Ch., Infas, o. J.*: Soziale Selbstverwaltung – Aufgaben und Funktion der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung. Bonn (Verlag der Ortskrankenkassen).
- Boble, H. H.*, 1981: Soziale Probleme und soziale Indikatoren. Ein Beitrag zur Diskussion der Anwendungsmöglichkeiten der Soziologie für das Problemfeld ‚Kriminalität‘. Berlin.
- Braun, H.*, 1973: Soziale Sicherung. System und Funktion, 2. A. Stuttgart.
- Bruder, W.*, 1981: Empirische Verwaltungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Brück, G. W.*, 1976: Allgemeine Sozialpolitik. Köln. (2. A. 1981).
- Burghardt, A.*, 1979: Kompendium der Sozialpolitik. Berlin.
- Dabeim, H.-J.*, 1957: Die Sozialstruktur eines Bürobetriebes (Krankenkasse), Diss., Köln.
- Dahme, H. J./Grunow, D./Grunow-Lutter, V./Hegner, F./Lempert, J.*, 1980: Die Neuorganisation der ambulanten Sozial- und Gesundheitspflege. Bielefeld.
- Deutscher Sozialgerichtsverband*, 1975: Die verfassungsrechtliche Relevanz des Sozialrechts: Verhandlungen des Deutschen Sozialgerichtsverbandes. Bonn.
- Die Sozialen Verhältnisse der Renten- und Unterstützungsempfänger*, 1955 (bzw. 1957): 2 Hefte, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 137/I + II. Stuttgart-Köln.
- Domscheit, S./Kaufmann, F.-X./Kühn, M.*, 1980: Innovative Politik im Einflußbereich verbandlicher Wohlfahrtspflege – am Beispiel der Kindergartenreform in NRW, in: Mayntz, R., a. a. O., 176–199.
- Domscheit, S./Kühn, M.*, 1981: Die Bildungsreform im Elementarbereich. Schlußbericht des Forschungsprojekts „Elternarbeit im Kindergarten“. Vervielf. Projektgruppe „Wirkungsanalysen der Sozialpolitik“, Universität Bielefeld.
- Ellwein, T.* (Hrsg.), 1980: Politikfeld-Analysen. Opladen.

- Ferber, Cb. v.*, 1967: Sozialpolitik in der Wohlstandsgesellschaft, Hamburg.
- Ferber, Cb. v.*, 1975: Integration durch Informationssysteme im Bereich der sozialen Leistungen. In: IBM-Nachrichten, 25. Jg., 232–239.
- Ferber, Cb. v./Kaufmann, F.-X.*, (Hrsg.), 1977: Soziologie und Sozialpolitik. Sonderheft 19 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen.
- Flora, P.*, 1975: Quantitative Historical Sociology. In: Current Sociology, Bd. 23, No. 2, 3–249.
- Flora, P.*, 1982: State, Economy and Society in Western Europe 1815–1975. Frankfurt/New York (im Druck).
- Flora, P.*, 1979: Krisenbewältigung oder Krisenerzeugung? Der Wohlfahrtsstaat in historischer Perspektive. In: J. Matthies (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa. Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages Berlin 1979. Frankfurt/M.
- Flora, P./Alber, J./Kohl, J.*, 1977: Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. PVS 18, 707–772.
- Flora, P./Heidenheimer, A. J.* (eds.), 1981: The Development of Welfare States in Europe and America. New Brunswick, London.
- Forschungsgruppe „Fortentwicklung der Systeme der Sozialen Sicherheit. Universität Freiburg/Br., Zwischenbericht. Januar 1982. Ms.*
- Forsthoff, E.* (Hrsg.), 1968: Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit. Darmstadt.
- Gitter, W.*, 1981: Sozialrecht. München.
- Gladen, A.*, 1974: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland: eine Analyse ihrer Bedingungen, Formen, Zielsetzungen und Auswirkungen. Wiesbaden.
- Gröttrup, H.*, 1973: Die kommunale Leistungsverwaltung – Grundlagen der gemeindlichen Daseinsvorsorge. Stuttgart.
- Gross, P./Badura, B.*, 1977: Sozialpolitik und soziale Dienste: Entwurf einer Theorie personenbezogener Dienstleistungen. In: v. Ferber/Kaufmann, a. a. O., 361–385.
- Grunow, D./Hegner, F.*, 1975: Zum Verhältnis von kommunaler Sozialverwaltung und Publikum. Probleme der Interaktion zwischen Verwaltung und Bürger. Bielefeld.
- Grunow, D./Hegner, F.*, 1978: Die Gewährung persönlicher und wirtschaftlicher Sozialhilfe. Untersuchungen zur Bürgernähe der kommunalen Sozialverwaltung. Bielefeld.
- Grunow, D./Hegner, F.*, 1979: Sozialstationen. Materialien und Analysen zur Neuorganisation der ambulanten Sozial- und Gesundheitspflege. Bielefeld.
- Guldemann, T. u. a.* (Hrsg.), 1978: Sozialpolitik als soziale Kontrolle. Starnberger Studien 2, Frankfurt/M.
- Habermas, J.*, 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt/M.
- Hansen, E./Heisig, M./Leibfried, S./Tennstedt, F.*, 1981: Seit über einem Jahrhundert . . . : Verschüttete Alternativen in der Sozialpolitik. Sozialer Fortschritt, organisierte Dienstleistungsmacht und nationalsozialistische Machtergreifung: Der Fall der Ambulatorien in den Unterweserstädten und Berlin. Köln.
- Hartwich, H.*, 1970: Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo. Opladen.
- Hauser, R./Cremmer-Schäfer, H./Nouvellet, U.*, 1981: Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und sozialpolitische Perspektiven. Frankfurt und New York.
- Hegner, F.*, 1979: Praxisbezogene Orientierungspunkte für notwendige Änderungen im System der sozialen Sicherung: Bürgernähe, Sozialbürgerrolle und soziale Aktion. Bielefeld.
- Heimann, E.*, 1980: Soziale Theorie des Kapitalismus – Theorie der Sozialpolitik. Tübingen 1929 (Nachdruck: Frankfurt/M.).
- Heinze, R. G.*, 1981: Verbändepolitik und „Neokorporatismus“: zur politischen Soziologie organisierter Interessen. Opladen.
- Heinze, R. G./Olk, T.*, 1981: Die Wohlfahrtsverbände im System sozialer Dienstleistungsproduktion. Zur Entstehung und Struktur der bundesrepublikanischen Verbändewohlfahrt. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 33. Jg., 94–114.
- Hellstern, G. M./Wollmann, H.*, 1977: Wirkungsanalysen, eine neue Variante wissenschaftlicher Politikberatung. In: Transfer 4: Planung in öffentlicher Hand. Opladen, 157–168.
- Hellstern, G. M.*, 1981: Wirkungsbeurteilung in der Sozialversicherung. Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung. Berlin. (vervielf.).
- Hellstern, G. M./Wollmann, H.*, 1982: Handbuch der Evaluationsforschung. Heidelberg (im Druck).
- Helmer, P.*, 1978: Einkommensumverteilung durch kommunale Infrastrukturpolitik: ein Beitrag zur Infrastrukturplanung auf Gemeindeebene. Stuttgart.

- Henke, K. D.*, 1975: Die Verteilung von Gütern und Diensten auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten: eine Literaturstudie zu Problemen der Messung und der politischen Beeinflussbarkeit. Göttingen.
- Hentschel, V.*, 1978: Das System der sozialen Sicherung in historischer Sicht, 1880–1975. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 18, 307–352.
- Herder-Dorneich, P.* (Hrsg.), 1981: *Intertemporaler Ausgleich in der Sozialpolitik*. Berlin.
- Herlyn, U./Krämer, J./Tessin, W./Wendt, G.*, 1976: *Sozialplanung und Stadterneuerung. Analyse der kommunalen Sozialplanungspraxis und konzeptionelle Alternativen*. Stuttgart.
- Hesse, J. J.*, 1974: Politische Planung im Kommunalbereich. In: *Die Verwaltung*, Bd. 7, 273–303.
- Hippel, E. v.*, 1979: *Grundfragen der sozialen Sicherheit*. Tübingen.
- Hockerts, H. G.*, 1977: Sozialpolitische Reformbestrebungen in der frühen Bundesrepublik. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 25, 341–372.
- Hockerts, H. G.*, 1980: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland: Alliierte und Deutsche Sozialversicherungspolitik 1945–1975. Stuttgart.
- Japp, K. P./Olk, T.*, 1981: Identitätswandel und soziale Dienste: Thesen zur Reorganisation behördlicher Sozialarbeit. In: *Soziale Welt*, Jg. 32, 143–167.
- Kaufmann, F.-X.*, 1970: Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften. Stuttgart (2. A. 1973).
- Kaufmann, F.-X.* (Hrsg.), 1977: *Bürgernahe Gestaltung der sozialen Umwelt – Probleme und theoretische Perspektiven eines Forschungsverbundes*. Meisenheim a. Glan.
- Kaufmann, F.-X.*, 1977a: Zur Problematik der Effektivität und ihrer Erfassung im Bereich der sozialen Sicherung. In: *B. Külp/H. B. Haas*, a. a. O., Berlin, 489–517.
- Kaufmann, F.-X.*, 1977b: Sozialpolitisches Erkenntnisinteresse und Soziologie. In: *v. Ferber/Kaufmann*, a. a. O., 35–75.
- Kaufmann, F.-X.* (Hrsg.), 1979: *Bürgernahe Sozialpolitik – Planung, Organisation und Vermittlung sozialer Leistungen auf lokaler Ebene*. Frankfurt und New York.
- Kaufmann, F.-X.*, 1980: Nationalökonomie und Soziologie. Zum Problem der Interdisziplinarität in den Sozialwissenschaften. In: *E. König* (Hrsg.), *Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vor neuen Aufgaben*. Festschrift für Walter Jöhr zum 70. Geburtstag. Tübingen, 31–49.
- Kaufmann, F.-X.*, 1982a: Elemente einer soziologischen Theorie sozialpolitischer Intervention. In: *Ders.* (Hrsg.), *Staatliche Sozialpolitik und Familie*. München. (im Druck).
- Kaufmann, F.-X.* (Hrsg.), 1982b: *Staatliche Sozialpolitik und Familie*. München und Wien. (im Druck).
- Kaufmann, F.-X./Hegner, F./Hoffmann, L./Krüger, J.*, 1971: Zum Verhältnis zwischen Sozialversicherungsträgern und Versicherten. Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. Bielefeld. Ms.
- Kaufmann, F.-X./Herlth, A./Strohmeier, K. P.*, 1980: Sozialpolitik und familiäre Sozialisation – zur Wirkungsweise öffentlicher Sozialleistungen. Stuttgart.
- Kaufmann, F.-X./Badura, B./Böble, R./Leibfried, S./Pankoke, E./Pfaff, M.*, 1981: Gesellschaftliche Bedingungen sozialpolitischer Intervention: Staat, intermediäre Instanzen und Selbsthilfe. Ein neues Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft. In: *Zeitschrift für Sozialreform*, 27. Jg. (Januar 1981), 31–49.
- Kaufmann, F.-X./Strohmeier, K. P.*, 1981: Evaluation as Meaningful Social Research. In: *R. A. Levine u. a.* (eds.), *Evaluation Research and Practice. Comparative and International Perspectives*. Beverly Hills und London, 149–167.
- Kaufmann, F.-X./Herlth, A./Strohmeier, K. P./Wirth, W.*, 1982: Verteilungswirkungen öffentlicher Dienste am Beispiel des Kindergartens. Frankfurt und New York. (im Druck).
- Köhler, P. A./Zacher, H. F.* (Hrsg.), 1981: *Ein Jahrhundert Sozialversicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und der Schweiz*. Berlin.
- Kohl, J.*, 1979: Staatsausgaben in Westeuropa. Ansätze zur empirischen Analyse der langfristigen Entwicklung der öffentlichen Ausgaben. Diss. Universität Mannheim.
- Krautkrämer-Wagner, U.*, 1981: *Handlungsspielraum in der Arbeitsverwaltung*. Meisenheim a. Glan.
- Krüger, J.*, 1975: *Wissenschaftliche Beratung und sozialpolitische Praxis*. Stuttgart.
- Krupp, H. J./Glatzer, W.*, 1978: *Umverteilung im Sozialstaat. Empirische Einkommensanalysen für die Bundesrepublik*. Frankfurt/M.
- Krupp, H. J./Galler, H. P./Großmann, H./Hauser, R./Wagner, G.* (Hrsg.), 1981: *Alternativen der Rentenreform '84*. Frankfurt/M.

- Külp, B./Haas, H. D., 1977: Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft. Verhandlungen auf der Arbeitstagung des Vereins für Sozialpolitik – Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Augsburg 1976. 2 Halbbände. Berlin.
- Lampert, H., 1980: Sozialpolitik. Berlin, Heidelberg, New York.
- Leibfried, S., 1981: Sozialhilfepolitik und Krise sozialer Staatlichkeit in Bonn und Weimar. Forschungsschwerpunkt ‚Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik‘. Arbeitspapier Nr. 35. Universität Bremen.
- Lüscher, K. (Hrsg.), 1979: Sozialpolitik für das Kind. Stuttgart.
- Mackenroth, G., 1952: Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan. Schriften des Vereins für Sozialpolitik N.F./4. Berlin.
- Mackenroth, G. u. a., 1954: Die Verflechtung der Sozialleistungen. Ergebnisse einer Stichprobe. Berlin.
- MAGs (Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NW), (Hrsg.), 1977: Modellversuch Kindergarten oder Vorschulklasse 1970–1975. Abschlußbericht. Düsseldorf.
- Mayntz, R. (Hrsg.), 1980: Implementation politischer Programme – empirische Forschungsberichte. Königstein/Ts.
- Müller, W./Neusüß, C., 1970: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital. In: Sozialistische Politik, Bd. 2, 4–67.
- Müller, S./Otto, H.-U., 1980: Sozialarbeit als Sozialbürokratie. Zur Neuorganisation sozialer Dienste. Sonderheft 5 der Neuen Praxis. Neuwied.
- Murswieck, A. (Hrsg.), 1976: Staatliche Politik im Sozialsektor. München.
- Naschold, F., 1967: Kassenärzte und Krankenversicherungsreform. Freiburg.
- O'Connor, J., 1973: The fiscal crisis of the state. New York.
- Offe, C., 1972: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen – Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme. In: G. Kress/B. Sengbaas (Hrsg.), Politikwissenschaft – Eine Einführung in ihre Probleme. Frankfurt/M., 135–164.
- Offe, C., 1975: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt/M., 3. Aufl.
- Olk, T./Otto, H.-U., 1981: Wertewandel und Sozialarbeit – Entwicklungsperspektiven kommunaler Sozialarbeitspolitik. In: Neue Praxis, 11. Jg., 99–146.
- Pankoke, E., 1970: Soziale Bewegung, soziale Frage, soziale Politik: Grundfragen der deutschen „Sozialwissenschaft“ im 19. Jahrhundert. Stuttgart.
- Pankoke, E./Nokielski, H./Beime, Th., 1975: Neue Formen gesellschaftlicher Selbststeuerung. Göttingen.
- Pfaff, M./Voigtländer, H. (Hrsg.), 1978: Sozialpolitik im Wandel – Von der selektiven zur integrierten Sozialpolitik. Bonn.
- Püschas, R., 1979: Neubau der Sozialverwaltung. Die Verbindung des Sozialen mit der Verwaltung als Aufgabe von Rechtswissenschaft, Organisationssoziologie und Verwaltungslehre. In: Die Verwaltung, Jg. 12, 409–432.
- Preller, L., 1970: Praxis und Probleme der Sozialpolitik. Tübingen, Zürich.
- Pessman, J./Wildavsky, A., 1973: Implementation. Berkeley, Los Angeles, London.
- Projektgruppe Soziale Berufe (Hrsg.), 1981: Sozialarbeit: Problemwandel und Institutionen. München.
- Raschke, P./Schliebe, F., 1979: Das Instrument der Modelleinrichtungen als Problem der vertikalen Politikverflechtung zwischen örtlicher und überörtlicher Ebene. In: F.-X. Kaufmann (Hrsg.), Bürgernahe Sozialpolitik. Frankfurt/M., 139–166.
- Reissert, B./Schnabel, F., 1976: Fallstudien zum Planungs- und Finanzierungsverbund von Bund, Ländern und Gemeinden. In: F. W. Scharpf/B. Reissert/F. Schnabel, Politikverflechtung. Kronberg/Ts., 71–235.
- Rosewitz, B./Wolf, H., 1981: Struktur und Funktion von Verbänden – eine systemtheoretische Perspektive. Dipl. Arb., Universität Bielefeld. Ms.
- Sabatier, P. A./Mazmanian, D. A., 1980: Policy Implementation. Ms. erscheint in: The Encyclopaedia of Policy Studies. (im Druck).
- Sanmann, H. (Hrsg.), 1971: Zur Problematik der Sozialinvestitionen. Berlin.
- Sanmann, H. (Hrsg.), 1973: Leitbilder und Zielsysteme der Sozialpolitik. Berlin.
- Schäfer, D., 1969: Die sozialen Dienste im Rahmen einer Systematik der sozialen Hilfen. In: A. Blind u. a. (Hrsg.), Sozialpolitik und persönliche Existenz. Berlin, 265–287.
- Schäfer, D., 1972: Soziale Schäden, soziale Kosten und soziale Sicherung. Berlin.
- Schäfer, P., 1980: Zentralisation und Dezentralisation. Diss. Universität Bielefeld.

- Scharpf, F. W., 1977: Public Organization and the Waning of the Welfare State: A Research Perspective. In: *European Journal of Political Research*, Vol. 5, No. 4, 339–362.
- Scharpf, F. W./Reissert, B./Schnabel, F., 1976: Politikverflechtung: Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik. Kronberg/Ts.
- Schmäbl, W., 1977: Alterssicherung und Einkommensverteilung. Tübingen.
- Schmäbl, W. (Hrsg.), 1982: Ansätze der Lebenseinkommensanalyse. Tübingen (im Druck).
- Schmid, F., 1981: Sozialrecht und Recht der sozialen Sicherheit – Die Begriffsbildung in Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Berlin.
- Schmidt, K.-D./Schwarz, U./Thiebach, G., 1965a: Sozialhaushalt und Wirtschaftskreislauf in der Bundesrepublik Deutschland, 1950–1960. Tübingen.
- Schmidt, K.-D./Schwarz, U./Thiebach, G., 1965b: Die Umverteilung des Volkseinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1955 und 1960. Tübingen.
- Schneider, H. R., 1977: Handlungsspielräume in der Sozialarbeit. Eine Einführung in die Konstitutionsanalyse sozialer Problemlagen und die Funktions- und Restriktionsanalyse staatlicher Interventionsformen. Bielefeld.
- Schreiber, W., 1955: Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft. Vorschläge des Bundes katholischer Unternehmer zur Reform der Sozialversicherungen. Köln.
- Schulte, B./Zacher, H. F., 1981: Der Aufbau des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Sozialrecht – Ein Bericht. In: *Vierteljahresschrift für Sozialrecht* 9, 165–195.
- Schumpeter, J. A., 1918: Die Krise des Steuerstaates. Wiederabgedr. in: *Aufsätze zur Soziologie*. Tübingen 1953, 1–71.
- Skarpelis-Sperk, S., 1978: Soziale Rationierung öffentlicher Leistungen. Frankfurt und New York.
- Sonderforschungsbereich 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“, 1981a: Bericht über die Forschungstätigkeit in der ersten Forschungsphase 1979 bis 1981. (vervielf.). Frankfurt/Mannheim.
- Sonderforschungsbereich 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“, 1981b: Antrag auf Förderung für die zweite Forschungsphase 1982 bis 1984. (vervielf.). Frankfurt/Mannheim.
- Sozialenquete, o. J.: Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Erstattet von W. Bogs/H. Achinger/H. Meinbold/L. Neudörfer und W. Schreiber. 2 Bde. Stuttgart (1965).
- Soziale Umverteilung, o. J.: Mitteilungen 1 der Kommission für dringliche sozialpolitische Fragen der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Wiesbaden (1964).
- Standfest, E., 1978: (Projektleitung) Sozialpolitik und Selbstverwaltung – zur Demokratisierung des Sozialstaats. 2. Aufl.
- Standfest, E., 1979: Sozialpolitik als Reformpolitik. Aspekte der sozialpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Köln.
- Strasser, J., 1979: Grenzen des Sozialstaats? Soziale Sicherung in der Wachstumskrise. Frankfurt/M.
- Tennstedt, F., o. J.: Soziale Selbstverwaltung – Geschichte der Selbstverwaltung in der Krankenversicherung, Bonn. (Verlag der Ortskrankenkassen).
- Tennstedt, F., 1976: Sozialgeschichte der Sozialversicherung. In: M. Blobmke, C. v. Ferber, K. P. Kisker und H. Schäfer (Hrsg.), *Handbuch der Sozialmedizin*, Bd. III. Stuttgart, 385–492.
- Tennstedt, F., 1977: Sozialwissenschaftliche Forschung in der Sozialversicherung. In: v. Ferber/Kaufmann, a. a. O., 483–523.
- Tennstedt, F., 1981: Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. Göttingen.
- Teubner, G., 1979: Neo-korporatistische Strategien rechtlicher Organisationssteuerung: Staatliche Strukturvorgaben für die gesellschaftliche Verarbeitung politischer Konflikte. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 10, 487–502.
- Vogel, R. M., 1966: Die kommunale Apparatur öffentlicher Hilfen. Stuttgart.
- Wannagat, G., 1965: Lehrbuch des Sozialversicherungsrechts. Bd. I. Tübingen.
- Werner, R., 1975: Soziale Indikatoren und politische Planung. Einführung in Anwendungen der Makrosoziologie. Reinbek b. Hamburg.
- Widmaier, H.-P., 1976: Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat – Zur Theorie politischer Güter. Reinbek b. Hamburg.
- Widmaier, H.-P. (Hrsg.), 1978: Zur neuen sozialen Frage. Berlin.
- Wiesenthal, H., 1981: Die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen. Ein Beispiel für Theorie und Politik des modernen Korporatismus. Frankfurt/New York.
- Wollmann, H. (Hrsg.), 1979: Politik im Dickicht der Bürokratie. Beiträge zur Implementationsforschung. Sonderheft 3 der Zeitschrift *Leviathan*. Opladen.

- Wollmann, H./Hellstern, G. M., 1977: Sozialwissenschaftliche Untersuchungsregeln und Wirkungsforschung. Zur Chance kritischer Sozialwissenschaft im Rahmen staatlicher Forschungsaufträge. In: P. Haungs (Hrsg.), Res Publica. Dolf Sternberger zum 70. Geburtstag. München, 415–466.
- Wirth, W., 1982: Soziale Dienste: Bedingungen ihrer Inanspruchnahme. Frankfurt und New York (im Druck).
- Zacher, H. F., 1976: Internationales und europäisches Sozialrecht. Eine Sammlung weltweiter und europäischer völkerrechtlicher und transnationaler Quellen und Dokumente. Percha am Starnberger See.
- Zacher, H. F. (Hrsg.), 1979: Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung von Sozialversicherung. Colloquium der Projektgruppe für internationales und vergleichendes Sozialrecht der Max-Planck-Gesellschaft, Tutzing 1978.
- Zacher, H. F. (Hrsg.), 1980a: Die Rolle des Beitrags in der sozialen Sicherung. Colloquium der Projektgruppe für internationales und vergleichendes Sozialrecht der Max-Planck-Gesellschaften, Tutzing 1979. Berlin.
- Zacher, H. F., 1980b: Sozialpolitik und Verfassung im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik Deutschland. Berlin.
- Zapf, W., 1972: Zur Messung der Lebensqualität. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 1, 353–376.
- Zapf, W., 1973: Soziale Indikatoren. In: G. Albrecht u. a. (Hrsg.), Soziologie – Sprache, Bezug zur Praxis, Verhältnis zu anderen Wissenschaften. René König zum 65. Geburtstag. Opladen.
- Zapf, W., 1976: Sozialberichterstattung: Möglichkeiten und Probleme. Göttingen.
- Zapf, W. (Hrsg.), 1977: Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung. Frankfurt und New York.
- Zapf, W., 1981: Theorie der Wohlfahrtsproduktion. Vortragsmanuskript. Mannheim.